



Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

### **Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.06.2012**

Die Niederschrift wird bestätigt. Es liegen keine Einwendungen vor.

### **Zu TOP 4 Einwohnerfragestunde**

Frau Elke Wagner möchte als Vorsitzende des Sozialausschusses der Stadt Fürstenwalde Fragen stellen. Frau Fitzke erteilt Frau Wagner dazu kein Rederecht, da sie nicht als Bürger auftritt, sondern den Sozialausschuss der Stadt Fürstenwalde vertritt. Daraufhin übergibt Frau Wagner ihre schriftlichen Anfragen an Frau Dr. Weser. Frau Wagner erhält dann eine schriftliche Antwort. Weitere Anfragen von Bürgern aus dem Landkreis Oder-Spree gibt es nicht.

### **Zu TOP 5 Beantwortung schriftlicher Anfragen der Fraktionen durch den Landrat**

Schriftliche Anfragen der Fraktionen an den Landrat liegen nicht vor.

Herr Beier, NPD, bittet dann um die Beantwortung seiner schriftlichen Anfragen zu den Kosten von Asylbewerbern im Landkreis Oder-Spree.

Herr Lindemann beantwortet anschließend die gestellten Fragen.

Fragen zu Kosten verursacht von Asylbewerbern im Landkreis Oder-Spree

1. Welchem Kapitel und welchem Titel werden die laut Pressemeldung in der Märkischen Oder-Zeitung genannten monatlich € 15.000 Mehrkosten für Asylbewerberkosten entnommen?

Antwort:

Bei dieser Frage lässt sich vermuten, dass es um das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Asylbewerberleistungsgesetz geht. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass die Eckregelsätze den Bedarf nicht abdecken und somit dem Gesetzgeber aufgegeben ist, die Eckregelsätze anzuheben. Es ist selbstverständlich, dass die Erhöhung der Eckregelsätze auch zu Mehrleistungen führt. Für den Landkreis Oder-Spree ist das jedoch nur ein durchlaufender Posten, da es sich um Bundesleistungen handelt.

2. Welche Geldbeträge musste der Landkreis Oder-Spree in den Jahren 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010 und 2011 jeweils für Asylbewerber aufbringen?

Antwort:

Die Informationen liegen beim Fragesteller sämtlichst vor. Die in den genannten Jahren in Anspruch genommenen HH-Mittel liegen in Form der HH-Pläne und der Jahresrechnungen vor.

3. Welchen Kapiteln und Titeln wurden in den einzelnen Jahren die Geldbeträge für Asylbewerber entnommen?

Antwort:

Die Frage 3 ist im wesentlichen mit der Antwort auf Frage 2 auch beantwortet. Dies ist ebenfalls den HH-Plänen und den Jahresrechnungen zu entnehmen.

4. Welche Rechtsvorschriften außer dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) werden genutzt, um indirekte und direkte Transferleistungen für Asylbewerber auszugeben?

Antwort:

Diese Frage ist unverständlich. Festzustellen ist, dass eine rechtmäßig arbeitende Verwaltung keine Rechtsvorschriften nutzt, um Leistungen auszugeben.

Die HH-Mittel werden eingesetzt, um Ansprüche der Bürger und Zielsetzungen der maßgebenden Gesetze zu erfüllen.

5. Gibt es einen Zusammenhang zwischen Verfahren gegen deutsche Volksangehörige mit dem Ziel der Kürzung von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II und den Mehraufwendungen für Asylbewerber?

Antwort:

Herr Lindemann erklärt dazu, dass er diese Frage für eine echte Nonsensfrage hält.

Er sieht nur einen Zusammenhang und der besteht aus der unterirdischen Fragestellung und der politischen Gesinnung, die eigentlich von deutschem Boden seit 67 Jahren verbannt sein müsste.

**Zu TOP 6            Sitzungsplan 2013  
                          Vorlage: 030/2012**

Zur Beschlussvorlage 030/2012 gibt es keine Wortmeldungen und Frau Fitzke bittet die Abgeordneten um Abstimmung der Vorlage.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt den Sitzungsplan des Kreistages und seiner Ausschüsse für das Jahr 2013

*einstimmig zugestimmt*

**Zu TOP 7            1. Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung - Abfallentsorgungssatzung -  
                          Vorlage: 033/2012**

Frau Fitzke lässt über die Vorlage 033/2012 abstimmen. Es gibt von den Abgeordneten keine Nachfragen oder Wortmeldungen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die 1. Änderungssatzung der Satzung des

Landkreises Oder-Spree über die Abfallentsorgung - Abfallentsorgungssatzung - vom 19.09.2012 (Anlage)

**Mehrheitlich zugestimmt**

*Enthaltung 3*

**Zu TOP 8            1. Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung - Abfallgebührensatzung -  
-  
Vorlage: 034/2012**

Da es zur Vorlage 034/2012 keine Nachfragen gibt, bittet Frau Fitzke die Abgeordneten um Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die 1. Änderungssatzung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung - Abfallgebührensatzung - vom 19. 09 2012 (Anlage)

**Mehrheitlich zugestimmt**

*Enthaltung 3*

**Zu TOP 9            Bestätigung des aufgestellten Nahverkehrsplanes für den übrigen ÖPNV des Landkreises Oder-Spree für den Zeitraum 2012 - 2016 (Rechtsgrundlage: ÖPNV-Gesetz Land Brandenburg vom 26.10.1995 zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes am 18.12.2006, - hier § 8 - Kommunale Nahverkehrspläne -)  
Vorlage: 038/2012**

Die Abgeordneten erhalten zunächst von Frau Fitzke einen Antrag der Fraktion Die Linke zur Kenntnis. Er lautet:

„ Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag Oder-Spree hält eine schnelle und gute Anbindung aller Regionen an den ÖPNV für eine wichtige Voraussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse in Oder-Spree. Daher spricht sich der Kreistag für den Erhalt der Express-Buslinie X403 zwischen Beeskow und Fürstenwalde aus. Der Landrat wird gebeten, mit dem BOS und dem Land alle Möglichkeiten (inklusive Taktreduzierung) zu prüfen, um diese Verbindung aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig fordert der Kreistag die Landesregierung auf, die Ko-Finanzierung dieser Linie beizubehalten.

Begründung:

Am 8.12.2012 läuft die Vereinbarung zwischen dem Land und dem Landkreis zur Finanzierung der Express-Buslinie aus. Sie ist nach der Schließung der Bahnstrecke zwischen Fürstenwalde und Beeskow explizit als Ausgleich eingerichtet worden. Das Land darf sich aus der Beteiligung für diese Verkehrsverbindung nicht zurückziehen. Sie ist gerade in den Früh- und Abendstunden eine wichtige und gut nachgefragte, schnelle Verbindung zwischen den beiden Städten und für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wichtig.“

Herr Hilke, CDU-Fraktion, verweist darauf, dass er den Erhalt der Express-Buslinie begrüßen würde. Er betont, dass sich der BOS gemeinsam mit dem Landrat um eine Regelung zum Erhalt der Linie bemüht. Er ist jedoch der Meinung, dass sich der Wegfall der Förderung der Landesregierung durch den Antrag der Fraktion Die Linke nicht verhindern lässt.

Der vorgetragene Redebeitrag von Herrn Schulze, SPD & Bündnis 90/Die Grünen, liegt im Protokoll als Anlage 3 vor.

Frau Prof. Böhm, Fraktion die Linke, dankt zunächst den zuständigen Mitarbeitern der Verwaltung für den aufgestellten Nahverkehrsplan. Sie erwartet, dass im Zusammenhang mit dem Nahverkehrsplan sehr konkrete Entwicklungspläne bzw. Materialien zur Verfügung gestellt und in den Ausschüssen diskutiert werden können. Sie betont, dass es gut wäre, dass sehr präzise Vorstellungen über die angekündigten Untersuchungen und ganz präzise Zeiten vorgegeben werden und auch die entsprechenden Summen im Haushalt eingestellt werden.

Herr Jürgens, Fraktion Die Linke, erläutert den Abgeordneten kurz den Antrag zum Erhalt der Express-Buslinie X403. Er betont, dass die Express-Buslinie explizit nach dem Wegfall der Zugverbindung zwischen Fürstenwalde und Beeskow als Ausgleich eingerichtet wurde. Diese Linie ist vor allem in den Früh- und Abendstunden bei den Menschen gut nachgefragt. Er bittet die Abgeordneten um Zustimmung des Antrages zum Erhalt der Buslinie X403.

Herr Buhrke erläutert anschließend bezugnehmend auf den Antrag der Fraktion Die Linke, dass der Landkreis Oder-Spree nicht die gesamten Kosten für den Erhalt der Express-Buslinie X403 übernehmen kann. Er sagt, dass der X 403 kein Teil des Nahverkehrsplanes ist, sondern er ist ein besonderes Angebot mit einer Ko-Finanzierung durch das Land Brandenburg.

Frau Alter, SPD & Bündnis 90/Die Grünen, sagt, dass es sich nicht bestätigt hat, dass der X403 von den Menschen besser angenommen wird. Sie sieht keine Möglichkeit, dass eine weitere Finanzierung durch das Land erfolgt. Frau Alter betont, dass im Nahverkehrsbeirat bereits nach geeigneten Lösungswegen gesucht wird.

Herr Umbreit, SPD & Bündnis 90/Die Grünen, stimmt dem Antrag der Fraktion Die Linke zu. Ihm ist es wichtig, dass die bisherigen Taktzeiten so erhalten bleiben.

Herr Beier, NPD, bezeichnet den Antrag der Fraktion Die Linke als scheinheilig. Der Antrag wird jedoch von der NPD-Gruppe unterstützt.

Herr Dr. Zeschmann appelliert an die Abgeordneten, dem Antrag der Fraktion Die Linke zuzustimmen. Er ist der Meinung, dass die Anliegen des Kreistages gegenüber der Landesregierung hervorgehoben und deutlich gemacht werden müssen, auch wenn es möglicherweise zur Ablehnung kommt.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht und Frau Fitzke bittet die Abgeordneten um Abstimmung zum Antrag der Fraktion Die Linke.

### **Abstimmungsergebnis**

Mehrheitlich ja, Gegen 2, Enthaltungen 8

Die Anfrage von Herrn Dr. Zeschmann zu den in der Anlage 1, Seite 2 und 3 aufgeführten Punkten 2 und 9 wird ausführlich von Herrn Buhrke beantwortet.

Abschließend macht Frau Alter noch einmal deutlich, dass sie nicht der Meinung ist, dass der X403 gestrichen wird, sondern dass im Nahverkehrsbeirat nach passenden Lösungswegen gesucht wird. Sie betont, dass sie sich der Abstimmung enthalten hat, da das Land einer erneuten Ko-Finanzierung nicht zustimmen wird.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und Frau Fitzke bittet die Abgeordneten um Abstimmung der Vorlage 038/2012.

## **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag bestätigt den Nahverkehrsplan (NVP) für den übrigen ÖPNV des Landkreises Oder-Spree für den Zeitraum 2012 - 2016 gemäß Anlage.

## ***Mehrheitlich zugestimmt***

*Nein 1 Enthaltung 5*

## **Zu TOP 10      **Prioritätenliste für den Investitionsbedarf des LOS im Zeitraum 2013 - 2018 ff** **Vorlage: 037/2012****

Herr Dr. Stiller, Fraktion Die Linke, ist der Meinung, dass die Prioritätenliste ungenau, unsicher und unvollständig ist. Ungenau begründet er mit der Maßnahme am Gymnasium Erkner. Hier geht es zunächst um die Erarbeitung einer Studie zur Perspektive des Altbaus am Gymnasium Erkner. Er betont, dass die Prioritätenliste unsicher ist, da der jährliche Haushaltsplan über die durchzuführenden Investitionen entscheidet.

Herr Dr. Stiller sagt weiterhin, dass die Prioritätenliste unvollständig ist, da der Radwegebau nicht berücksichtigt wurde. Er schlägt vor, dass ab dem Jahr 2013 die Fortschreibung der Prioritätenliste 2 x jährlich in den Ausschüssen beraten wird und die Öffentlichkeit mehr einbezogen wird.

Anschließend betont Herr Dr. Zeschmann, dass es wichtig gewesen wäre, die Abgeordneten in den Fachausschüssen mehr zu beteiligen. Die jeweiligen Prioritäten der Fachausschüsse hätten dann mit eingearbeitet und diskutiert werden können. Herr Dr. Zeschmann ist weiterhin der Meinung, dass wichtige Projekte auch den Bürgern vorgelegt werden müssen.

Er bedankt sich bei der Verwaltung für den bereichsübergreifenden Vergleich in der Prioritätenliste. Des Weiteren bemängelt er, dass die Nachvollziehbarkeit der Abwägung in der Verwaltungsspitze nicht gegeben ist und dass Investitionen vorwiegend in Eisenhüttenstadt und Beeskow getätigt werden sollen.

Herr Umbreit, SPD & Bündnis 90/Die Grünen, sagt, dass es bei der Diskussion der Prioritätenliste in den Fachausschüssen keine wesentlichen Probleme gab. Probleme sieht er darin, dass vor Realisierung eines Vorhabens ein Prüfauftrag vergeben wird. Er ist sich nicht sicher, ob das Vorhaben dann nach der Prüfung noch ausfinanziert werden kann, da in der Liste keine Summen angegeben sind. Abschließend äußert er sich, dass die Prioritätenliste seine Zustimmung erhält.

Herr Möller, CDU-Fraktion, bedankt sich bei der Verwaltungsleitung für die Erstellung der Prioritätenliste. Er betont, dass erst nach der Bestätigung des HH-Planes 2013 die Investitionen vorgenommen werden können.

Abschließend erklärt Herr Buhrke, dass es sich bei der Prioritätenliste um einen ersten Entwurf handelt, der zum Fortschreiben gedacht ist. Er soll Transparenz und Kontrolle der Verwaltung ermöglichen. Er betont, dass Änderungen in der Prioritätenliste immer möglich sind. Es können Maßnahmen vorgezogen als auch nach hinten verschoben werden.

Frau Fitzke bittet die Abgeordneten dann um die Abstimmung der Vorlage 037/2012.

## **Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreistag bestätigt die in der Anlage 1 ausgewiesene Prioritätensetzung und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmen entsprechend der Priorität und in Abhängigkeit von dem für

Investitionen zur Verfügung stehenden Finanzvolumen in die Haushaltsplanung 2013/Folgejahre aufzunehmen.

**Mehrheitlich zugestimmt**

Nein 4

**Zu TOP 11      Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Fürstenwalde und dem Landkreis Oder-Spree zur Übertragung von Aufgaben des Schulträgers (hier: Betrieb eines Wohnheimes für Auszubildende)  
Vorlage: 040/2012**

Zur Vorlage 040/2012 gibt es keine Wortmeldungen bzw. Informationsbedarf. Frau Fitzke bittet die Abgeordneten dann um die Abstimmung der Vorlage.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt den Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Fürstenwalde und dem Landkreis Oder-Spree.

**einstimmig zugestimmt**

**Zu TOP 12      Rettungsdienstgebührensatzung  
Vorlage: 032/2012**

Herr Dr. Zeschmann fragt nach, warum in der Kosten- und Leistungsrechnung des Rettungsdienstes teilweise extreme Kostensteigerungen zu verzeichnen sind und ob den Bürgern das zugemutet werden kann. Herr Buhrke beantwortet die Anfrage. Er sagt, dass die Kosten- und Leistungsrechnung mit den Kostenträgern abgestimmt wurde. Es gibt immer Verschiebungen in der Kosten- und Leistungsrechnung, teilweise auch durch die Inanspruchnahme neuer Wachen, die noch nicht zur Verfügung stehen. Die Krankenkassen haben sich wegen des Tarifabschlusses nochmals gemeldet. Er wurde ihrer Ansicht nach zu hoch abgeschlossen. Sie wollten sich diesbezüglich an die Fraktionen des Kreistages wenden. Herr Buhrke betont, dass der Einwand der Krankenkassen insofern nicht zutrifft, da der TVöD zur Zeit noch unterschritten wird. Abschließend bittet Frau Fitzke die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage 032/2012.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Gebührensatzung für den Rettungsdienst 2012 (siehe Anlage 1)

**Mehrheitlich zugestimmt**

Nein 1    Enthaltung 4

**Zu TOP 13      Veränderungen in den Ausschüssen**

Frau Fitzke gibt den Abgeordneten von der Fraktion SPD & B90/Die Grünen eine Veränderung im Ausschuss für Soziales und Gesundheit zur Kenntnis.

Ausschuss für Soziales und Gesundheit

Von der Fraktion SPD & B90/Die Grünen wird Frau Monika Teudt als sachkundige Bürgerin abberufen und Frau Sabine Kassau als sachkundige Bürgerin in den Ausschuss berufen.

Des Weiteren informiert Frau Fitzke die Abgeordneten über ein Schreiben des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg über die Neuwahl der ehrenamtlichen Richter für die Amtsperiode ab 19. August 2013.

Die Zahl der vom Landkreis Oder-Spree in die Vorschlagsliste aufzunehmenden Personen ist endgültig mit 8 bestimmt. Es können Vorschläge eingereicht werden.

**zugestimmt**

Lieselotte Fitzke

Vorsitzender des Kreistages

stellv. Vorsitzende des  
Kreistages

Irmtraud Lehmann  
Wießner  
Schriftführer/in

Renate